

BUNTE LISTE

Nr. 7, Januar 1992

INFO

Reiche Eltern ~ Arme Unternehmer!?

- was Malsfelder Gemeindevertreter unter sozialer Gerechtigkeit verstehen-

19. Dezember 1991

Ein schwarzer Tag für die Malsfelder Gemeindevertretung.

Nicht, weil an diesem Tag Bürgermeister Stöhr wiedergewählt wurde.

Nein, angesichts der Arroganz, mit der die CDU-Politiker Dobslaw und Rehs an diesem Abend billigste Polemik als Kommunalpolitik verkaufen wollten, ist man nachgerade heilfroh, daß der alte und neue Bürgermeister doch von anderem Schlage ist.

Aber daß die Gemeindevertretung an diesem Abend mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP den Kindergartenbeitrag um mehr als 30% erhöhte (+20 DM), während sie noch in der letzten Sitzung die von der BUNTEN LISTE beantragte Erhöhung der Gewerbesteuer um 10% fast einmütig abgelehnt hatte, zeugt von sozialer Blindheit.

Diese mag bei CDU und FDP nicht überraschen, der SPD steht sie nicht gut zu Gesicht.

21. November: BL beantragt Anhebung der Gewerbesteuer

Die BUNTE LISTE wollte den seit den 70er Jahren unveränderten Gewerbesteuerhebesatz von 300 auf 330 Punkte anheben, also um 10%.

Begründet wurde der Antrag damit, daß die Unternehmen durch die Steuerreform von

1990 massiv steuerlich entlastet worden sind.

So zahlt z.B. eine Firma (GmbH) mit 100.000 DM Gewinn seit 1990 DM 5.250 weniger Gewerbe- und Körperschaftsteuer als 1989.

Hätte die Gemeinde den Gewerbesteuerhebesatz auf 330 Punkte erhöht, wäre dem Unternehmen eine Mehrbelastung von 625 DM entstanden - auf 100.000 DM Gewinn!

Die Firma hätte also auch nach der Anhebung noch 4625 DM weniger Steuern zu zahlen als 1989!



"Dieses Jahr muß jeder von euch noch 240 Mark rausrücken, um Steuergeschenke für die armen Unternehmer zu finanzieren."

Fortsetzung siehe Seite 2

REICHE ELTERN - ARME UNTERNEHMER!? (Fortsetzung von Seite 1)

SPD, CDU und FWG: Nicht zumutbar!

Scharfen Angriffen aller Fraktionen sah sich die BUNTE LISTE nun ausgesetzt.

"Kommunistische Politik, die die Kuh (Unternehmer) schlachten will", so der CDU-Mann für's Grobe, Hilmar Dobslaw.

Aber auch SPD und FWG (die FDP war nicht anwesend) wollten den Unternehmen der Gemeinde "diese Belastung nicht zumuten".

Man beachte: Es ging um 625 DM mehr Steuer auf 100.000 DM Gewinn!

Dennoch: alle Fraktionen lehnten den Antrag der BUNTEN LISTE ab, lediglich 2 Abgeordnete (Zeisler, Reis) enthielten sich.



2 Wochen später: SPD, CDU und FWG für Erhöhung des Kindergartenbeitrags

Genau 12 Tage später: Einstimmig votieren beide Ausschüsse der Gemeindevertretung für die Erhöhung der Kindergartenbeiträge um 20 DM pro Monat - also um 30%

(In den Ausschüssen sind BUNTE LISTE und FDP nicht stimmberechtigt.)

Wiederum 9 Tage später folgte die schon erwähnte Gemeindevertreterversammlung.

Als erster Redner lehnte Heinz Schneider für die BUNTE LISTE die Erhöhung rundweg ab.

Wenn die Gemeindevertretung eine Sitzung vorher auf zusätzliche Haushaltseinnahmen verzichtet hat, weil sie den Unternehmern geringfügige Mehrbelastungen nicht zumuten wollte, könne sie nicht jetzt von den Eltern mit Kleinkindern mehr Geld verlangen.

Fortsetzung siehe Seite 3

Auszüge aus dem Diskussionsbeitrag der BUNTEN LISTE in der Gemeindevertretung:

...Wir betrachten die Bereitstellung von Kindergartenplätzen als Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge, als eine der Grundaufgaben der Kommune, die zunächst einmal aus den allgemeinen Steuermitteln zu erfüllen ist.

Der Kindergarten müßte, als Bestandteil des gesellschaftlichen Bildungs- und Erziehungssystems, normalerweise ebenso kostenlos sein wie die Schule.

Ausgehend vom Status Quo wären wir allenfalls dann bereit, einer Gebührenerhöhung zuzustimmen, wenn keine andere Möglichkeit bliebe, wenn der Bestand des Kindergartens gefährdet wäre.

Da aber alle Fraktionen, außer unserer, erst letzte Woche eine geringfügige Mehrbelastung der finanziell ohnehin meist privilegierten Unternehmen abgelehnt haben, sehen wir nicht ein, die so verschenkten Steuergelder nun gerade bei den Eltern von Kleinkindern einzufordern.

Eltern erbringen mit der Erziehung von Kindern ohnehin größere Opfer für die Gesellschaft als irgend eine andere Bevölkerungsgruppe.

Sie verzichten auf erhebliche Teile ihres Einkommens, weil ein Partner meist nicht mehr berufstätig sein kann.

Familien mit Kindern haben gewöhnlich ein Pro-Kopf-Einkommen, daß gerade mal 1/3 bis 1/2 des Pro-Kopf-Einkommens Kinderloser erreicht.

Sie tragen aber erhebliche Mehrbelastung für Wohnraum, Kleidung, Ausbildung bis hin zu Brillen oder Zahnarztkosten. Sie sind die Hauptbetroffenen von Wohnraumknappheit, Wuchermieten und Zinsanstieg.

Wenn wir den Unternehmen keinen Pfennig, den Familien mit Kindern aber gleich 240 Mark mehr abnehmen wollen, handeln wir in höchstem Maße unsozial...



BUNTE LISTE INFO

Redaktion:
Gabriele Koslowski,
Beiseförth
Heinz Schneider,
Malsfeld
Volker Heymann,
Ostheim

REICHE ELTERN - ARME UNTERNEHMER!?

(Fortsetzung von Seite 2)

Da junge Familien finanziell meist nicht gerade auf Rosen gebettet sind, bedeuten 240 DM mehr im Jahr für sie eine weitaus höhere Belastung als z.B. 625 DM für ein Unternehmen mit 100.000 DM Gewinn.
(Auszüge aus dem Beitrag siehe Kasten)

FWG ändert ihre Meinung

Anschließend verkündete FWG-Vertreter Knauf, daß seine Fraktion ihre Meinung geändert habe.

Er schlug eine Erhöhung der Kindergartenbeiträge um 10 DM vor.

Außerdem sei er jetzt, im Gegensatz zur letzten Sitzung, auch für die Anhebung der Gewerbesteuer.

Aber auch hier waren SPD, CDU und FDP nicht kompromißbereit.

Mehr Geld von den Eltern ja, aber von den Unternehmen keine Mark - dies war die unverrückbare Aussage dieser Parteien. Sie beklagten erneut lang und breit, daß die BUNTE LISTE die Unternehmen belasten wolle.

Von einer Belastung der Eltern hörte man kein Wort von den "etablierten" Parteien.

Unser Fazit:

Es mutet schon seltsam an, wenn Gemeindevertreter so tun, als bräcste eine geringfügige Steuererhöhung den Unternehmen den sicheren Ruin, während junge Familien offenbar über unbegrenzte Geldreserven verfügen - jedenfalls kam nicht ein Vertreter von SPD, CDU oder FDP auch nur auf die Idee, die höheren Kindergartenbeiträge könnten Eltern überhaupt belasten.

Was diese Herren aber nicht sehen oder nicht sehen wollen:

Am 1.1.92 werden nun nicht nur der Kindergarten, sondern auch Müllabfuhr und Wasser teurer.

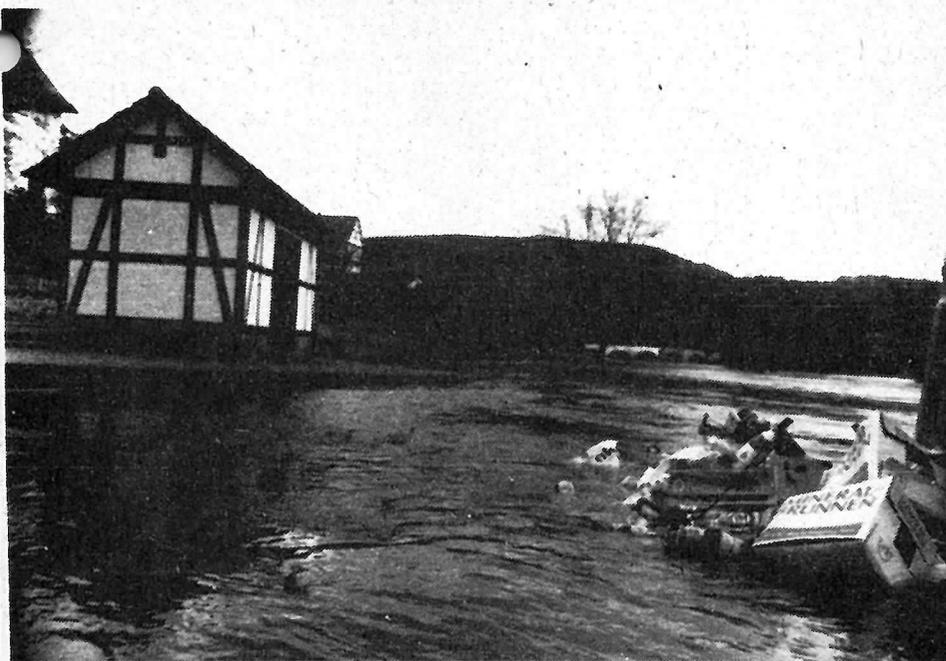
Von allen Erhöhungen sind Familien mit Kindern gleich mehrfach betroffen.

Sie haben meist nur 1 Verdiener, aber 4 oder 5 Verbraucher.

Aus 20 Pfennig mehr Wassergebühr werden so, verglichen mit Kinderlosen, leicht 80 Pfennig, 1 Mark oder mehr.

Dies, absichtlich oder unbewußt, völlig zu übersehen, zeugt von unglaublicher Ignoranz.

Völlige soziale Blindheit - eine andere Wertung fällt uns dazu beim besten Willen nicht ein.

**Unter Wasser**

steht die Bushaltestelle im OT Beiseförth mehrmals im Jahr.

Schon am 29.6.89 hatte die BUNTE LISTE in der Gemeindevertretung die Verlegung in die Ortsmitte beantragt - vergeblich.

Nur 2 Gemeindevertreter, nämlich die der BL, stimmten dem Antrag zu.

Wir fordern weiter: Verlegung der Haltestelle!

(Hilfsweise wären wir, natürlich nur vorübergehend, mit der Ausgabe von Schwimmwesten an die Schüler einverstanden)

Wohnblock im Dorfkern ?

Warum 16 Wohnungen in der alten Mühle keine sinnvolle Lösung sind

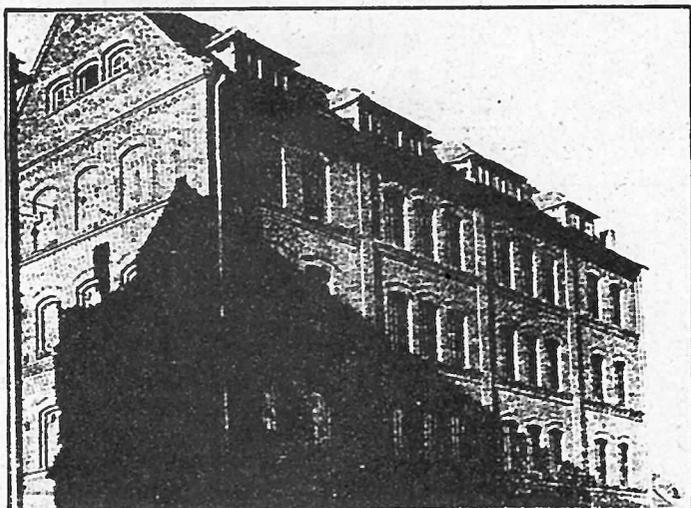
Zankapfel in der Malsfelder Gemeindevertretung bleibt weiterhin die Alte Mühle in Beiseförth.

Auf der Dezembersitzung wurde mit den Stimmen von SPD, BL und FDP (gegen die CDU und FWG) der Bebauungsplan für das Gelände verabschiedet.

Auf der Sitzung ging es hoch her. CDU - Mann Rehs warf der SPD vor, sie habe den ursprünglichen Plan einer Neunutzung des Gebäudes "plötzlich wie in einem schlechtem Film gekippt".

Zu erklären ist solche Argumentation allerdings nur mit dem CDU-üblichen "Black-out". Denn auch die CDU hatte die Planung für den Teilabriß der Mühle und die Gestaltung eines Dorfplatzes mitgetragen.

Und sie hat diese Variante auch auf der Bürgerversammlung, auf der sich die anwesenden Beiseförther/innen einmütig für den Abriß ausgesprochen, vertreten.



16 Wohnungen in einem Gebäude ohne Grundstück - ist das sinnvoller dörflicher Wohnungsbau?

Meinung geändert ?

Sie hat, ebenso wie die FWG, ihre Meinung erst geändert, als ein Architekt aus Darmstadt Interesse an dem Gebäude zeigte. Plötzlich scheint beide Fraktionen die Meinung der Bürgerversammlung nicht mehr zu interessieren.

Zumindest nicht so sehr wie die (finanziellen) Interessen des Architekten. Denn für diesen ist die Mühle eine Goldgrube.

Gleich aus mehreren staatlichen Töpfen könnten sich Investoren bedienen. So gibt es Sonderabschreibungen für den Umbau von Gewerbe- zu Wohnräumen und zusätzlich für die Schaffung von Mietwohnungen, Zuschüsse und Zinsverbilligungen, z.B. von der Denkmalpflege, und ähnliches.

Für jemanden, der solche Wohnungen an kapitalkräftige Geldanleger verkaufen will, ein Traumobjekt!

Gründe für den Teilabriß

Wir plädieren für die Beibehaltung der jetzigen Planung, weil:

- die Bürgerinnen und Bürger Beiseförths dies mehrheitlich so wollen
- ein Dorfplatz nicht mehr realisierbar wäre, wenn in dem Gebäude 16 Wohnungen samt 30 oder mehr Parkplätzen geschaffen würden
- der Umbau in Wohnungen für den Steuerzahler teurer wäre als der Abriß
- die Wohnungen nicht nur dorfuntypisch, sondern auch noch sehr teuer wären, da die Kapitalanleger ja ausschließlich wegen ihres Gewinns investieren
- mit geringerem Einsatz öffentlicher Mittel dorf- und familiengerechter Wohnraum geschaffen werden könnte, z.B. in Form von Einzel- oder Reihenhäusern oder der Sanierung alter Wohngebäude.

Wir sehen wohl, daß die Gemeinde durch Ankauf und Abriß finanziell belastet wird. Wir übersehen auch nicht, daß Investitionen in den Hochlandgemeinden dringlicher wären. Eine Weichenstellung, die Generationen von Beiseförthern jede Möglichkeit von Verkehrsberuhigung und Gestaltung des Ortskerns verbaut, können wir dennoch nicht akzeptieren.

Auch das Wohnraumproblem kann hier nicht als Argument taugen. Für Menschen, die sich die teuren und kleinen Wohnungen in der Mühle leisten könnten, ist die Wohnungsnot kaum ein Problem.

Und für Familien mit Kindern und einkommensschwächere Menschen kämen diese Wohnungen nicht in Frage.

KURZ BERICHTET * KURZ BERICHTET

Aus 12 Monaten Gemeindevertretung:

Gute Argumente nützen wenig gegen Ignoranz und fehlenden Mut zu Veränderung.

So auch am 23. Mai 91: Nach langer interner und öffentlicher Diskussion legt die BUNTE LISTE ihre Vorschläge zur Verbesserung des Trinkwasserschutzes vor. Doch die anderen Fraktionen sind der Meinung, nicht "kompetent genug" zu sein, um über den vorgelegten Entwurf einer neuen Schutzzonenverordnung zu beraten.

Noch nicht einmal der Kompromißvorschlag der BL, den Entwurf zur Stellungnahme beim Regierungspräsidium vorzulegen, findet die Zustimmung der anderen Fraktionen.

Traurig, aber wahr: Alles bleibt beim Alten, die Nitratwerte steigen weiter.



Umfaller des Jahres sind zweifellos die Fraktionen von SPD und FWG.

Im November 1990 stimmten sie auf Antrag der BUNTEN LISTE einer Aufforderung an die Bundeswehr zu, bei Veranstaltungen in Malsfeld künftig auf das Mitführen von Waffen zu verzichten.

Doch schon geringer Gegenwind genügte, um beide umfallen zu lassen.

Am 23.5.91 stimmten SPD und FWG für die Aufhebung des Beschlusses.

Dauerbrenner der Legislaturperiode ist der Antrag der BL vom 19.10.1989(!).

Im November 1989 beauftragt danach die Gemeindevertretung den Gemeindevorstand, eine Kosten-Nutzen Rechnung über den Einbau einer Regenwasser-Sammelanlage in ein gemeindeeigenes Gebäude vorzulegen.

Über 2 Jahre später ist es dem Gemeindevorstand noch immer nicht gelungen, entsprechende Zahlen vorzulegen.

Wie wir von Ausländern sprechen

Es ist ja bekannt, daß wir über unsere Sprache viel mehr ausdrücken können und auch tun, als die einzelnen Wörter sagen.

So kennen wir eine Menge von Schimpfworten für Ausländer, die ich Ihnen hier ersparen möchte.

Allgemein wird von Asylanten gesprochen, wenn wir Menschen meinen, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen.

Diesen Begriff möchte ich näher untersuchen.

Wie kommt die Endung "ant" von Asylant eigentlich zustande?

Es lag wohl daran, daß ein kurzer Ausdruck für Menschen gesucht und gebraucht wurde, die bei uns Asyl beantragen haben. Asylsuchende oder gar Asylbeantragende ist zu lang und klingt unbeholfen.

Asylant klingt doch ganz nett, oder?

Sehen wir uns aber an, welche Worte noch aus "ant" enden, kriegen wir vielleicht ein anderes Bild.

Da ist der "Querulant", der "Spekulant", der "Simulant" und andere.

Alles Worte, die negativ besetzt sind. Unsere Verwaltung, von der diese Bezeichnung wohl stammt, hat doch sonst keine Mühe, sich die unmöglichsten Wortungeheuer auszudenken, wenn es darum geht, dem Bürger etwas Amtliches nahezubringen.

Spätestens, wenn Politiker und Medien dem Wort "Asylant" noch zusaetze wie "flut" oder "schwemme" beifügen, wird die Absicht deutlich.

Der positive Begriff "Asyl" soll durch derartige Begriffe in den Köpfen der Menschen negativ besetzt werden.

Wir sind der Meinung, das Wort "Flüchtling" passt besser und wirkt der Absicht entgegen, eine bestimmte Menschengruppe von vornherein zu diskriminieren.

Werner Koslowski

Wir wünschen allen

Leserinnen und Lesern,
besonders auch unseren
ausländischen Mitbürgern,
ein frohes, glückliches,
friedliches und gesundes
Jahr 1992 !



DEUTSCHLAND IM HERBST

oder: von "Scheinasylanten" und Schein"christ"demokraten.

Herbst 1991: Im Asylbewerberheim in Beiseförth werden Scheiben eingeschmissen. Jugendliche aus dem Dorf? Dieser Anschlag versetzt die Bewohner in Angst und Schrecken und hinterläßt in uns ein Gefühl tiefer Sorge und Scham.

Stellen sie sich vor, sie sind aus ihrem Heimatland geflohen vor Hunger, vor Verfolgung und Krieg in ein Land, das als friedfertig gilt. Sie kommen in ein kleines hessisches Dorf und werden dort in einer Schule untergebracht. Sie sprechen die Sprache kaum, die Menschen sind ihnen fremd, ihre Sitten, ihre Lebensgewohnheiten. Da klirren Scheiben. Sie fühlen sich nicht mehr sicher. Mit 40 anderen Bewohnern schlafen sie vorerst im Flur der Schule. Der hat keine Fenster. Die Polizei fährt nun regelmäßig am Heim vorbei - zu ihrer Sicherheit.

Im September werden in Städten der alten und neuen Bundesländer mehrere Asylbewerberheime von rechtsradikalen Jugendlichen angegriffen.

In Saarlouis kommt ein Ghaner am 19. September ums Leben.

Am 21. September werden insgesamt 17 Menschen bei Überfällen auf Asylbewerberheime in Sachsen verletzt. Mit Stahlkugeln und Molotow-Cocktails greifen unter den Beifallsbekundungen von Zuschauern Rechtsradikale in Hoyerswerda Bewohner eines Heimes an.

Am 3. Oktober überfallen mehrere faschistische Banden ein von 90 Ausländern bewohntes Heim in Grünberg/Hessen.

Die Liste kann seitenlang vortgesetzt werden. Insgesamt sind laut Bundeskriminalamt vom 1. Januar bis 10. Oktober 1991 mehr als 600 Anschläge mit rechtsradikalem Hintergrund gegen Ausländer verübt worden. Davon seien 185 Brandanschläge auf Sammelunterkünfte und Wohnungen gewesen.

Dies die Statistik für 1991 bis zum 10. Oktober diesen Jahres. Solche traurigen Ereignisse wie in Beiseförth sind dabei nicht berücksichtigt.

Ja hier ist doch alles so ruhig, und um die Worte eines Gemeindevertreters der CDU (Gemeindeversammlung am 21.11.91) zu wiederholen, wir brauchen doch keine Resolution gegen Ausländerfeindlichkeit in Malsfeld, denn die gibt es doch bei uns nicht.

Was es gibt sind zerbrochene Scheiben.

Und es gibt die vielfältigsten Argumente, warum wir die Ausländer nicht bedrohen, verprügeln, zu Krüppeln schlagen sollen. Wir gehen doch so gerne mal eine Pizza essen und der ganze Wohlstand, den hätten wir ja auch ohne die Ausländer nicht erreicht, die vor allem die Drecksarbeit machen. In diese Richtung denkt auch ein Herr Kohl.

Es ist natürlich verdächtig, wenn Herr Kohl im Verein mit vielen anderen begründet, warum wir Ausländer nicht massakrieren sollten.

Was ist das für eine Haltung gegenüber meinem Nächsten, ihn nur deshalb nicht zu verprügeln, weil ich einen wirtschaftlichen Grund dafür habe.



Ausländer raus ! ?

Wußten Sie, daß Sie als Deutsche(r) auf 99,7% der Landfläche unseres Planeten Ausländer sind?

Eine Antwort kann heißen:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Malsfeld verurteilt die gewalttätigen Angriffe auf Ausländer und Unterkünfte von Asylbewerbern ganz entschieden. Den zunehmenden Ausländerfeindlichkeiten muß eine klare Absage erteilt werden. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit die in unserer Gemeinde bisher praktizierte Toleranz und Freundschaft gegenüber unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht gefährdet wird."

Fortsetzung siehe Seite 7

Wirtschaftsflüchtlinge = Scheinasylanten?

Mit dieser simplen Gleichung versucht die CDU, auch in Malsfeld, Stimmen auf Kosten der Ärmsten zu machen.

Wer vor Hunger und Armut aus seiner Heimat flieht, wird von den "Christ"demokraten als Schwindler und Betrüger abgestempelt. Unchristlicher kann man sich wohl kaum noch verhalten!

Flucht vor Armut nimmt zu

Hunger und Armut werden in den nächsten Jahrzehnten ganze Völkerwanderungen in Bewegung setzen, auch zu uns. Dies ist logische Folge einer Weltwirtschaftsordnung, die die Gegensätze zwischen arm und reich täglich weiter verschärft.

Denken Sie doch mal über folgende Fakten nach:

- ca.1/4 des Einkommens eines Bundesbürgers resultiert aus der Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskraft der Entwicklungsländer
- 1/4 der Weltbevölkerung lebt in Afrika. Dieses Viertel verfügt aber nur über 1% des Welteinkommens!
- Würde man jedem Erdenbürger nur die Hälfte unseres Ressourcenverbrauchs und Wohlstandes zugestehen, müßte sich die Weltindustrieproduktion verzehnfachen!
Dies ist, schon ökologisch, gar nicht möglich.
Unsere Verschwendungswirtschaft ist also nur möglich, wenn die Mehrheit der Erdbevölkerung weiter bettelarm bleibt!

DEUTSCHLAND IM HERBST

Diese Resolution beschloß die Gemeindevertretung auf Antrag der BUNTEN LISTE am 21.11.1991.

Nur die CDU sah sich nicht in der Lage, die Gewalt gegen Ausländer zu verurteilen.

Auch das gibt es: Eine Gruppe, die sich am 3. Dezember auf Initiative der evangelischen Gemeinde Malsfeld erstmals traf, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Vorstellungen zu entwickeln, was bei uns gegen Ausländerfeindlichkeit getan werden kann.

Wußten Sie, daß...

-die Schulden der Entwicklungsländer von 650 Mrd.Dollar (1980) auf 1.320 Mrd. Dollar (1990) gestiegen sind?

-der Weltmarktpreis für 11b (=453 g) Rohkaffee von 204,23 Cent (1.1.1986) auf 73,33 Cent (25.7.1989) gefallen ist?

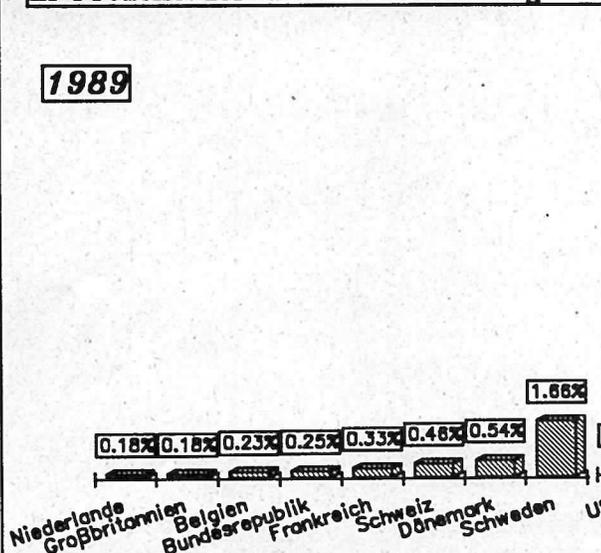
-ein Entwicklungsland für den Kauf eines LKW 1985 noch 92 Sack Kaffee, 1989 aber schon 332 Sack Kaffee exportieren mußte?

Lesenswert zum Thema:

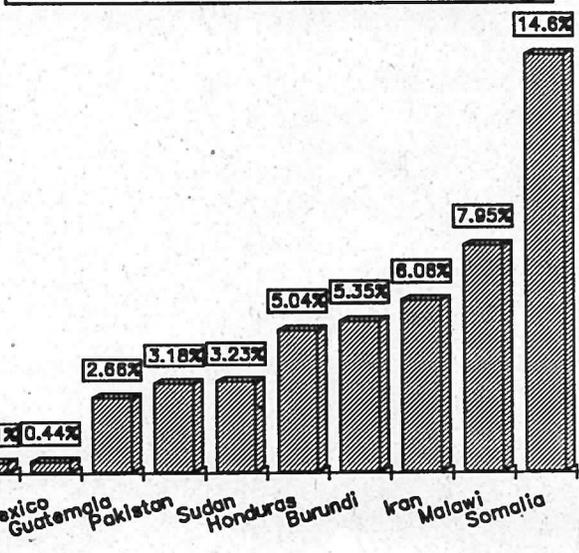
"Auf dem Weg zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft" von den GRÜNEN im Bundestag. Zu bestellen bei: Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN, Colmantstr.36, 5300 Bonn 1, Preis 5,00 DM.

Flüchtlinge in Westeuropa in Prozent der Gesamtbevölkerung

1989



Flüchtlinge in der Welt in Prozent der Gesamtbevölkerung



Schorsche kommentiert:



Liebe Malsfelderinnen und Malsfelder,

die vergangenen 3 Jahre werden in die Geschichte ohne Frage als die Zeit der Mauern eingehen.

Mauern sind gefallen, eine nach der anderen. Mauern aus Stein und Stacheldraht. Europa ist nicht mehr geteilt, die Mauerbauer mußten ihre Hüte oder mehr nehmen.

Doch die Menschen im Osten Europas konnten sich am hart erkämpften, mauerlosen Dasein nicht recht freuen, jedenfalls nicht lange.

Denn hinter den Mauern aus Stein kamen Mauern aus Geld zum Vorschein. Mauern aus Dollar oder D-Mark, unsichtbar zwar, aber ebenso unüberwindbar.

Und so bleiben sie in ihrer Mehrzahl, was sie waren: außen vor.

Doch schon gibt es Politiker, denen die Mauern aus Geld nicht mehr hoch genug sind. Sie wollen wieder "richtige" Mauern, aus Stein und mit Schießbefehl.

Diesmal um ganz Europa, zum "Schutz" gegen die Armen, die nicht mehr damit zufrieden sind, für uns Kaffee, Bananen und Kiwis zu produzieren und dabei ihre Kinder verhungern zu sehen.

Aber warum in die Ferne schweifen. Auch in Malsfeld spielen Mauern eine nicht unerhebliche Rolle. Die Mauern in manchen Köpfen, aber auch "richtige" Mauern. Nehmen wir die Mauer am Grundstück unseres alten und neuen Bürgermeisters. Im Malsfelder Sandweg.

Sie wankte schon, als die Berliner Mauer noch felsenfest stand.

Sie neigte sich, weiter als der schiefe Turm zu Pisa.

Sie neigte sich weiter und weiter, aber im Gegensatz zu ihrer Berliner Kollegin fiel sie nicht. Nicht im November 89, nicht im Jahr 1990.

Sie sah aus, als kippte sie jeden Moment auf den Bürgersteig.

Sie tat es aber nicht. Und hätte sie es getan, so hätte es unseren Stöhr sicher eine Stange Geld gekostet.

Er hätte ja, im Gegensatz zu Honecker, eine Neue bauen müssen.

Und ob er die Reste seines alten Gemäuers, wie die Brocken aus Berlin, für ein Sündengeld in die USA hätte verkaufen können, erscheint zumindest zweifelhaft. Das wär also ein echtes Minusgeschäft geworden.

Aber, wie gesagt, die Mauer fiel nicht.

Vielleicht lag es daran, daß in Malsfeld keiner demonstriert hat.

Schließlich war es dann aber doch soweit. Auf die Dauer fällt eben jede Mauer.

Aber weder der Bürgermeister noch Montagsdemos (wobei hier nicht die montägliche Gemeindevorstandssitzung gemeint ist, die ja regelmäßig mit einem Demonstrationszug des kompletten Vorstands ins Gasthaus Landesfeind endet) brachten sie zu Fall.

Der Steuerzahler war's, wie so oft. In Gestalt des Schwalm-Eder Kreises brachte er in trauter Eintracht mit der Gemeinde Malsfeld nicht nur das alte Gemäuer zum längst fälligen Einsturz, nein, er stellte auch gleich noch eine funkelnagelneue Mauer hin. Topmodern in Styling und Preis.

Nun stellen Sie sich doch mal vor, Erich Honecker wäre auf die grandiose Idee gekommen, die Berliner Straßen vom Schwalm/Eder Kreis erneuern zu lassen!

Die hätten ihm doch gleich eine neue Mauer mitgeliefert - gratis.

Weil seine alte Mauer ja auch arg lädiert war.

Und weil so etwas im Schwalm-Eder Kreis offenbar üblich ist.

Das meint jedenfalls

Ever Schorsche